Kreis fürchtet Landes-Fuchtel

Deutliche Kritik am neuen Entwicklungsplan mit seinen Einschränkungen

Von Bernhard Liedmann

Kreis Paderborn (WV). Der Kreis Paderborn befürchtet eine Benachteiligung der Region durch den neuen Landesentwicklungsplan (LEP) der NRW-Landesregierung. In einer Stellungnahme legt er eine Reihe von Fakten auf den Tisch: So »verbraucht« der Kreis mit 159 Hektar pro Jahr weniger Fläche für Siedlung und Verkehr als der Landesdurchschnitt.

Knapp zehn Prozent der Kreisfläche stehen schon unter Naturschutz und bereits 40 Prozent des Stroms werden durch 524 Windkraftanlagen erzeugt, sind weitere Argumente für den bisherigen ressourcenschonenden Umgang des Kreises mit der Umwelt.

Ob Windenergie-Planung, Flughafen-Entwicklung oder Ausweisung von Gewerbe- und Siedlungsflächen, bei zahlreichen Einzelpunkten hat der Kreis Paderborn erhebliche Bauchschmerzen über die aktuelle Landesplanung. Sie will in den kommenden Monaten Ziele der Raumordnung für die kommenden 15 Jahre festschreiben. Vorgesehen sind unter anderem die Verringerung der »Freirauminanspruchnahme« und die Sicherung der Natur bei gleichzeitiger Wachstumsförderung und Stärkung von zentralen Orten und Städten.

Zentriert hat sich bislang die Diskussion über den LEP auf die vorgesehene Abstufung des Flughafens mit Entwicklungseinschränkungen. Der Kreis wie auch die Städte und Kommunen befürchten jedoch weitergehende Einschränkungen beispielsweise bei der Neuausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen.

> Klarer Verzicht auf Fracking fehlt im Entwurf des Landesentwicklungsplanes.

Hier setzt auch eine zentrale Kritik des Kreises in seiner Stellungnahme an das Land ein, um weiterhin Wachstum zu ermöglichen. Trotz steigender Bevölkerung liegt der Kreis beispielsweise prozentual unter dem Landverbrauch an Fläche von insgesamt 4787 Hektar pro Jahr. Eine landesweite Vorgabe für die Berechnung von neuen Flächen lehnt der Kreis ab, weil dies bedarfsgerechte Planungen verhindere. Sie behindere auch das weitere Wirtschaftswachstum in der Region, das durch eine mittelständische Wirtschaft geprägt sei. Nur wenige Betriebe hätten beispielsweise deutlich mehr als 250 Beschäftigte.

Zum anstehenden Abzug der Briten mit etwa 5000 Soldaten und 5000 Familienangehörigen fordert der Kreis, dass die dann »leer stehenden« Flächen von 375 Hektar weiterhin vor allem der Stadt Paderborn weiter zur Verfügung stehen müssten. Gefordert wird außerdem neben einer Gleichbehandlung des Paderborner Flughafens mit dem Münsteraner Airport auch eine Schienenanbindung des Flughafens mit einem Flughafenhaltepunkt. Bei der Rohstoffsicherung kritisiert der Kreis die fehlende klare Absage der Landespolitik an das Fracking. Diese Art der Bodennutzung von Schiefergas gefährde den Boden- und Wasserschutz. Die landesweite Vorreiterrolle im Bereich der regenerativen Energien verdeutlich der Kreis an der Windkraft. Bei einem Anteil von 3,6 Prozent an der Landesfläche stünden hier 13,8 Prozent aller Windkraftanlagen. Eine Flächenvorgabe für die Windkraft lehnt deshalb der Kreis ab, auch eine Windkraftnutzung im Wald.

Begrüßt wird allerdings in der Stellungnahme die Nutzung von Halden und Deponie als Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien. Hier erlitt der Kreis Paderborn jedoch jüngst Schiffbruch, als zwei »Bürger-Windkraftanlagen« auf dem Areal der Alten Schanze aufgrund der Vorgaben nicht realisiert werden konnten. Über die Müllgebühren hätte der Kreis Paderborn die Gewinne an alle Bürger weitergegeben. Greifvögel nutzen jedoch die Deponie mit ihren Mäusen als Nahrungsgrundlage.

Den Entwurf des LEP werden jetzt die politischen Gremien des Kreises beraten. Bis zum 28. Februar können Stellungnahmen abgegeben werden.